

## PRESSEMITTEILUNG

18. Februar 2026

### **Budget: Konsolidierung dämpft Wachstum und erhöht Ungleichheit**

- *Bremseffekte einer Budgetkonsolidierung sind in Rezessionen deutlich stärker als in Aufschwüngen*
- *Konsolidierung in Österreich fällt in eine Erholungsphase, negative Wachstumseffekte sind daher bislang überschaubar*
- *Weitere Konsolidierungsmaßnahmen sollten sozial ausgewogen sein, um negative Auswirkungen auf Beschäftigung und Einkommensverteilung zu reduzieren*

Hohe Budgetdefizite abzubauen und den Staatshaushalt zu sanieren ist ein heikles Unterfangen. Doch welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat eine Budgetkonsolidierung und wie sollte sie am besten gestaltet werden, um negative Effekte für die Volkswirtschaft eines Landes zu minimieren?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich eine neue Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) von Philipp Heimberger und Anna Matzner. Die Autor:innen haben dafür die gesamtwirtschaftlichen Effekte von Budgetkonsolidierungen in den 12 EU-Staaten Österreich, Belgien, Deutschland, Spanien, Finnland, Frankreich, Dänemark, Schweden, Italien, Irland, den Niederlanden und Portugal für den Zeitraum 1980 bis 2020 mit neuesten wissenschaftlichen Methoden untersucht.

Die Studienergebnisse zeigen die durchschnittlichen Effekte einer Budgetkonsolidierung in der Höhe von 1 Prozentpunkt des BIP. Zur Einordnung: Die österreichische Regierung plant im Laufe der Legislaturperiode eine Konsolidierung in Höhe von durchschnittlich etwa 0,5% Prozentpunkten des BIP pro Jahr.

Fazit der Studie: Die reale Wirtschaftsleistung sinkt in den untersuchten EU-Ländern infolge einer Konsolidierung im Ausmaß von 1 Prozentpunkt des BIP um etwa 0,6% im ersten Jahr. Drei Jahre später summieren sich die BIP-Verluste auf 1,6%. Die Arbeitslosenquote steigt in Folge der Budgetkonsolidierung an: um 0,6 Prozentpunkte mit der Umsetzung der Maßnahmen und nach zwei Jahren in Summe um rund 0,9 Prozentpunkte. Die Einkommensungleichheit nimmt in der kurzen bis mittleren Frist zu. Zudem wird durch die gesamtwirtschaftlichen Bremseffekte auch die Inflationsrate gesenkt, konkret um rund 0,35 Prozentpunkte nach etwa einem Jahr und 0,15 Prozentpunkte mittelfristig.

Ein Sparkurs kann zwar dazu beitragen, die Finanzierungskosten des Staates zu stabilisieren. Gleichzeitig sind jedoch für Regierungsentscheidungen negative Effekte auf Wirtschaftswachstum, Einkommensverteilung und Beschäftigung zu berücksichtigen.

### **Weniger negative Auswirkungen bei anziehender Konjunktur**

*„Unsere Studienergebnisse zeigen, dass eine Budgetkonsolidierung die Wirtschaftsleistung in Rezessionen deutlich stärker ausbremst als in Aufschwungphasen“,* sagt Anna Matzner,

Ökonomin am wiiw und Co-Studienautorin. In Rezessionen sinkt die Wirtschaftsleistung für jeden zusätzlichen Euro an Konsolidierung um deutlich mehr als einen Euro; im Aufschwung sinkt sie jedoch nur um rund einen halben Euro für jeden Euro, um den konsolidiert wird.

Für Österreich lässt sich daraus ableiten, dass der aktuelle Sparkurs zwar wirtschaftliche Bremseffekte zeitigt. Diese fallen aber geringer aus, als das in einer fortgesetzten Rezession der Fall gewesen wäre. Die Umsetzung der Budgetkonsolidierung im Rahmen des Doppelbudgets 2025/2026 fällt in eine Erholungsphase, die zwar keinen selbsttragenden Aufschwung bedeutet, aber doch die Rahmenbedingungen für die Budgetpolitik verbessert hat.

Auf Basis der wiiw-Studienergebnisse und unter Berücksichtigung des mehrjährigen Budgetplans der Bundesregierung bis 2029 könnte die Budgetkonsolidierung in Österreich das BIP bis zum Ende der Legislaturperiode um insgesamt rund 1,5% geringer ausfallen lassen. *„Sollte sich die Konjunktur aufgrund externer Faktoren erneut abschwächen oder sollten die nächsten Konsolidierungsschritte wachstums- und beschäftigungssensible Bereiche überproportional treffen, könnten die gesamtwirtschaftlichen Bremseffekte jedoch stärker ausfallen“*, sagt Philipp Heimberger, Hauptautor der Studie und Leiter der Forschungsgruppe für Makroökonomie am wiiw.

### **Auf sozial ausgewogene Konsolidierung achten**

Ein ausgewogener Mix von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen kann helfen, die negativen Effekte für Beschäftigung und Einkommensverteilung abzumildern. Die wiiw-Studie verweist auf Untersuchungen des IWF. Diese zeigen, dass vor allem Kürzungen von öffentlichen Investitionen starke Bremseffekte erzeugen und deshalb vermieden werden sollten.

Konsolidierungsmaßnahmen, die vorrangig finanziell gut gestellte Haushalte treffen, führen zu geringeren gesamtwirtschaftlichen Einbußen als solche, die einkommensschwächere Gruppen belasten. Da wohlhabende Haushalte einen geringeren Anteil ihres Einkommens konsumieren und Einkommensverluste eher durch Ersparnisse abfedern können, fällt der Rückgang der Nachfrage entsprechend schwächer aus.

*„In Österreich und anderen EU-Ländern sollten künftige Konsolidierungspakete daher möglichst sozial ausgewogen gestaltet werden, um negative Effekte auf Beschäftigung und Einkommensverteilung gering zu halten und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen“*, resümiert Philipp Heimberger.

**[Die gesamte Studie steht hier zum Download zur Verfügung.](#)**

**Über das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)**

Das wiiw ist ein wirtschaftswissenschaftlicher Thinktank, der seit über 50 Jahren volkswirtschaftliche Analysen und Prognosen zu derzeit 23 Ländern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa erstellt. Zudem betreibt das wiiw Forschung zu den Bereichen europäische Integration, Makroökonomie, internationale Wirtschaft, Industriestudien, Arbeitsmärkte und regionale Entwicklung. [www.wiiw.ac.at](http://www.wiiw.ac.at)

**Rückfragehinweis:**

**Andreas Knapp**

Communications Manager

Tel. +43 680 13 42 785

[knapp@wiiw.ac.at](mailto:knapp@wiiw.ac.at)